

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

8.6.1921 (No. 130)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postcheckkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. M. E. N. D.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Wesenspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gepaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von gangweiser Bezeichnung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Spanische und griechische Stimmen über die französisch-polnischen Machenschaften.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Der Zustand in Polen und seine Begünstigung durch die Franzosen sind fast in der gesamten europäischen Presse scharf beurteilt worden. Für das moralische Schwergewicht dieser Äußerungen der Empörung über die schlimmsten Machenschaften der beiden Staaten aber kommt weniger die Bedeutung und Macht der Länder in Frage, deren Presse sich zu der Angelegenheit äußert, als die Uninteressiertheit der Länder an dem schließlichen Schicksal Oberschlesiens. Wenn z. B. schwedische oder italienische Blätter den Zustand und seine Chancen beurteilen, so können die Polen und die Franzosen vielleicht darauf hinweisen, daß beide Länder wohl aus Oberschlesien beziehen wollen und daß Schweden auch gern einen gesicherten Absatz für seine Erze haben möchte, so daß der Presse dieser Staaten unbedingte Objektivität des Urteils nicht zugebilligt werden könne.

Etwas anderes aber ist es mit den Äußerungen der spanischen oder der griechischen Zeitungen. Diese Länder haben ein wirtschaftliches Interesse an Oberschlesien gar nicht oder höchstens sehr mittelbar und rein menschlich oder historisch dürften sie auch keinen starken Anteil an Oberschlesien nehmen, von besserem Wissen bis vor wenigen Jahren die meisten Spanier oder Griechen wohl kaum etwas gewußt haben. Um so beachtenswerter ist es, daß die Zeitungen dieser beiden Länder im Südwesten und Südosten Europas sich anbauend lebhaft mit dem ober-schlesischen Aufstande beschäftigen; dies ist ein Beweis dafür, welchen starken und zugleich unerwarteten Eindruck das gewalttätige Vorgehen der Polen und die schimpfliche Duldung des Aufstandes durch die Franzosen hervorgerufen haben. Schon bald nach dem Ausbruch des Aufstandes hat eine ganze Anzahl Madrider Blätter einerseits auf die Ähnlichkeit des neuen polnischen Abenteurers mit dem Wlilauer Zuge des Generals Religowski hingewiesen und andererseits die Passivität der französischen Truppen als einen Beweis des Einberühmtes Frankreichs mit dem völkerrechtswidrigen Vorgehen der Polen und der französischen Politik betrachtet, gemeinsam mit Polen eine militärische und imperialistische Hegemonie über Europa aufzurichten. In den letzten Tagen hat die verbreitete spanische Zeitung „A B C“ scharfe Kritik an der gefährlichsten französischen Ausdehnung des Abstimmungsgebietes geübt und betont, daß nach dem Stimmverhältnisse Oberschlesien ganz an Deutschland fallen müsse. Die „Epoca“ ist zu demselben Ergebnisse gekommen, aber nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Erwägungen, die nach der Auffassung des Madrider Blattes gebieterisch verlangen, daß der Industriebezirk an Deutschland gegeben werde, weil dies im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung der Weltwirtschaft geboten sei.

Auch die griechische Presse kritisiert sehr scharf das Verhalten der polnischen und der französischen Regierung. Das Organ der griechischen Regierung „Kathimerini“ sagt: „Die Volksstimmung vom 20. März 1921 entschied für Deutschland, indem 718 000 Wähler für dieses und 461 000 für Polen stimmten. Als bald begann jedoch Polen mit Unterstützung Frankreichs eine Loslösung des ober-schlesischen Industriebezirks von Deutschland anzustreben. Die Polen entschlossen sich zu einem bewaffneten Aufstand, für den sie der polnische Staat mit vollen Händen ausrüstete. In einem weiteren Artikel macht sich das Blatt lustig über die Art, wie die französische Presse aus diesem Anlaß den englischen Staatsmann angreift. Es sagt: „Da England nach der Rede Lloyd Georges den Franzosen als Bundesgenosse nicht mehr verhandlich ist, fordert ihn der „Temps“ auf, zurückzutreten. Vielleicht könnte der Leitartikel des „Temps“ über den Armeekanal gehen, um England zu revidieren. Freilich nehmen englische Schiffe meistens keinen fremden Kapitän vom Festlande.“

Es verdient besondere Beachtung, daß selbst die venezianische, also gewiß nicht deutschfreundliche Zeitung „Giornale del Mattino“ den Egoismus und die Ungerechtigkeit der Franzosen brandmarkt. Das Blatt spricht von dem unerhörten Druck, den Frankreich auf Deutschland ausübt, tadelt die Gier nach der Besetzung des Ruhrgebietes und fährt dann fort: „Frankreich versucht, die Kohlengebiete Oberschlesiens seinem politischen Anhängel Polen anzuhängen. Wohl ist die dortige Bevölkerung überwiegend polnischer Abstammung, aber eine lange deutsche Herrschaft, eine tadellose Verwaltung, ein steter Zustrom deutscher Elemente, haben ihr Nationalbewußtsein geändert. Deshalb haben sich bei der Abstimmung

718 000 für Deutschland und nur 460 000 für Polen ausgesprochen. . . Wenn Frankreich das Programm der Gewalttätigkeit und Herausforderung weiter verfolgt, so wird es schließlich nur seinen Feinden dienen.“

Herr Briand hat in einer seiner Reden über Oberschlesien mit starkem Pathos von der Notwendigkeit des Sieges der Gerechtigkeit in dieser Frage gesprochen. Es ist nicht Gerechtigkeit, sondern Selbstgerechtigkeit, wenn jemand, vor in einer Frage schlechterdings alle, vor allem auch die Uninteressierten gegen sich hat, seine Ansicht als die gerechte ausgibt. Auf der einen Seite stehen Frankreich und Polen, auf der anderen das ganze übrige Europa, ja, die ganze zivilisierte Welt. Danach kann es sicherlich nicht mehr zweifelhaft sein, daß, wenn Briand den Sieg der Gerechtigkeit wünscht, er von seiner Ansicht abgehen oder sich für besiegt erklären muß.

Zur Frage des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg

Schreibt die Reichskorrespondenz Nord-Süd:

Eigentlich wäre es kaum mehr nötig, der Frage eines etwaigen Zusammenschlusses von Baden und Württemberg einen besonderen Artikel zu widmen, wenn nicht in letzter Zeit die bayerische öffentliche Meinung dieser Angelegenheit ein besonderes Interesse entgegengebracht hätte. Eine eingehendere Beschäftigung mit der Frage wäre deshalb unnötig gewesen, weil, wie jetzt auch die Anhänger jener Idee offen zugeben, das Ganze bei einem tolen Punkt angelangt ist und unserer Meinung nach wohl kaum wieder richtig in Fluß gebracht werden wird. Leider gibt es aber immer noch einige Politiker in Baden, so vor allem den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten G. d. Mannheim, die auf dem Gedanken einer politischen Verschmelzung der südwestdeutschen Staaten herumreiten. Man wird in die ehrsüchtigen Absichten dieser Männer an sich keine Zweifel setzen dürfen, andererseits sich aber die Freiheit nehmen, zu sagen, daß hier doch auch viel Eigensinn mit im Spiele ist. Da diese Politiker neuerdings offen von der Begründung eines südwestdeutschen Freistaates sprechen, der dann auch die Pfalz mit umfassen solle, so kann man es schon begreifen, wenn die bayerische öffentliche Meinung auf die Geschichte aufmerksam wird und zu dem Ideen dieser Politiker Stellung nimmt.

Auffallenderweise geschieht das aber in der Form recht aufgeregerter Auslassungen. Und diese Auslegung gilt es zu beschwichtigen. Wir dürfen den Bayern mit ruhiger Überzeugung versichern, daß der ganze Verschmelzungsgedanke einseitig als so gut wie erledigt gelten kann, und daß namentlich an eine „Annektion der Pfalz“ ernsthaft von niemandem gedacht wird. Mit grobem Nachdruck ist nach dieser Lage im „Badischen Beobachter“, dem führenden Zentrumsblatt in Karlsruhe, darauf hingewiesen worden, daß es gerade im Interesse des innerdeutschen Gleichgewichts, gerade im Interesse des Reiches selbst höchst unklug wäre, die Pfalz von Bayern zu trennen, da „doch ohne Zweifel auf der bayerischen Zugehörigkeit der Pfalz mit die wesentlichsten Interessen Bayerns am Reichsganzen beruhen“. Es ist also auch unserer Ansicht nach töricht, ohne Not hier Loslösungs- und Verschmelzungsideen propagieren zu wollen, die nur die eine Folge haben können, nämlich, daß sie verwirrend und entzweierend auf die Bevölkerung wirken.

Man sollte ferner auch nicht vergessen, daß die Schaffung einiger weniger, annähernd gleichgroßer Freistaaten für das Reich selbst keineswegs ungünstig ist. Politische bzw. wirtschaftliche Rivalität oder offenkundige Separationsbestrebungen würden bei einem solchen Zustand besondere Gefahren mit sich bringen. Gätten wir heute einen südwestdeutschen Freistaat, so würde dieser ganz von selbst in einen markanten Gegensatz zum Norden einerseits und zu Bayern andererseits treten. Daß dem Reichsgedanken diese Gegensätze nicht förderlich sein können, liegt klar auf der Hand.

Vom „Heidelberger Tageblatt“ wird die Auffassung vertreten, daß die Aufregung in Bayern wohl vor allem darauf zurückzuführen sei, daß man in Bayern allmählich merke, wie sehr man sich mit der Haltung in der Einwohnerehre gerade im Süden unbeliebt gemacht hat, und daß man deshalb die Aufmerksamkeit auf andere Dinge lenken möchte, an denen man keinen bayerischen Zorn auslassen

könne. Man braucht dieser Auffassung des „Heidelberger Tageblattes“ nicht beizupflichten, wird dafür aber der von demselben Blatt ausgesprochenen Behauptung, daß Bayern durch seine Politik dem Reich gegenüber bei den übrigen süddeutschen Staaten moralische Eroberungen nicht gemacht habe, ebenso sehr zustimmen müssen, wie der weiteren Ansicht, daß gerade diese Politik dem Reich gegenüber hier und da die Idee einer Vereinigung von Württemberg und Baden eigentlich erst hervorgerufen hat. Das „Heidelberger Tageblatt“ folgert daraus, daß dann, wenn diese Politik dem Reich gegenüber eine andere geworden sein wird, — und das scheint ja neuerdings der Fall zu sein —, alle Befürchtungen Bayerns hinwieweilig sein würden.

Nun, wir haben schon betont, daß faktisch für derartige Befürchtungen ein unmittelbar zu greifender Anlaß nicht besteht. Wir sind uns in dieser Hinsicht mit dem neuen Reichsminister des Innern, sowie mit allen sonstigen freistaatlichen Ministern einig, die die Auffassung vertreten, daß man in dieser Zeit der Sorge und des Glanzes, der Kämpfe und der Gegensätze wahrlich die Hand von allen Dingen lassen sollte, die jene Gegensätze in ganz unnötiger Weise nur noch verschärfen.

Und was speziell Badens Stellung zu der Verschmelzungsidee anlangt, so hat der Artikel des „Badischen Beobachters“ recht, wenn er sagt, daß sich „über alle Schwierigkeiten hinaus in Baden ein in jeder Hinsicht kraftvolles Zusammengehörigkeitsgefühl organisch entwickelt hat, das zu zerstören man sich heute doppelt und dreifach überlegen sollte.“ Wäre man es, dieses unschätzbare Gut staatsbürgerlichen Bewußtseins einzureißen, dann doch nur mit der Garantie, daß ein gleichhartes Moment staatlichen Verbundenheitsgefühls an seine Stelle tritt. Ob diese Garantie im Falle eines badisch-württembergischen Zusammenschlusses gegeben sei, darüber habe man sich wohlweislich bisher ausgesprochen.

Wir glauben jedenfalls, mit diesen unseren Ausführungen, die sich auf eigenes Urteil, wie auf die Auslassungen angelegener Zeitungen stützen, zur Genüge Klar gemacht zu haben, daß erstens die ganze Frage der Schaffung eines südwestdeutschen Freistaates einseitigen ruhig zu den Akten gelegt werden kann, und zweitens, daß für Bayern irgend ein ernstlicher Grund zu Besorgnissen nicht besteht.

* In eigener Sache.

Herr Landgerichtsrat Schaefer-Konstanz hat sich jetzt endlich zu einer Antwort auf unsere Aufforderung, er möge für seine bekannte Behauptung den Wahrheitsbeweis erbringen, aufgerafft. Er tut das in Nr. 134 der „Süddeutschen Zeitung“ in der Weise, daß er sich von neuem um den Versuch eines Wahrheitsbeweises herumdrückt und statt dessen die Erörterung auf ein ganz anderes Gebiet hinüberführt.

Offenbar hat Herr Schaefer — wir dürfen wohl annehmen trotz eifrigsten Bemühens — keine Belege für seine erstaunliche Behauptung aufzufinden vermocht. Und er begnügt sich infolgedessen damit, nochmals daselbe Zitat aus einem erst im Jahre 1920 erschienenen Buche, über das alte System einem früheren Artikel zum Geburtstag Wilhelms II. gegenüberzustellen. Dieses eine Zitat ist selbstverständlich kein Beweis für die von ihm ausgesprochene Behauptung.

Im übrigen halten wir es für einen polemischen Unfug, irgend einen Publizisten ausgerechnet auf jenseitige Geburtstagsartikel festzunageln zu wollen. Diese Artikel galten früher als eine Pflicht der Etikette, der man sich unterzog, weil nun einmal im monarchischen Staat diese Art von Artikeln zu den Höflichkeiten gehörte, die man herkömmlicherweise dem Oberhaupt des Staates erwies. Für viele Leute, die solche Artikel verfaßten oder ähnlich gehaltene Reden zu halten gezwungen waren, bedeuteten diese Dinge eine Floskel, die man nicht gut umgehen konnte, wenn man nicht unangenehm auffallen wollte. Es war dies genau so eine Höflichkeitsformel, wie die Anrede und Unterschrift in Briefen. In einem Briefe an Herrn Landgerichtsrat Schaefer würden wir uns z. B. auch der Anrede „Sehr geehrter Herr“ und der Endformel „Mit vorzüglicher Hochachtung ganz ergebenst“ bedienen, ohne dabei zu wünschen, daß man uns die Frage vorlegt, ob wir jene Gefühle, die diese Floskeln ausdrücken, auch wirklich empfinden.

Schließlich halten wir es — zumal in kritischen Zeiten, wie den heutigen — für die Pflicht eines jeden Volksgenossen, eine grundlegende Überzeugung zu bekennen, nachdem er sie als die bessere erkannt hat. Und wir halten es weiterhin für

durchaus verständlich, wenn gerade jemand, der sein Vaterland über alles liebt, sich in gerechter Empörung gegen die Männer wendet, die dieses Vaterland unglücklich gemacht haben; und zumal dann sich gegen sie wendet, wenn diese Leute auch heute noch drauf und dran sind, unserm Volk, das sich langsam von seinem furchtbaren Sturz zu erholen anfängt, neue existenzbedrohende Schwierigkeiten zu bereiten. Daß der Kaiser zu jenen Männern gehört hat, die uns am meisten geschadet haben, das ist doch wohl eine Erkenntnis, die heute nur noch von einem kleinen Kreise eigensinniger Menschen bestritten wird, die aus diesen oder jenen Gründen die Wahrheit nicht sehen wollen.

Wenn es keine reaktionäre Gefahr gäbe, könnte man die Alten über das alte System ruhig schließen lassen. Aber gerade das Treiben der Reaktion zwingt dem, der während des Krieges die Hohlheit und Verderblichkeit des alten Systems und des kaiserlichen Regimes an der Quelle studieren konnte, die Feder in der Hand, um offen davon Zeugnis abzulegen, daß sein früherer Glaube an die Notwendigkeit dieses Systems ein Irrtum war, und um öffentlich auf die Gefährlichkeit dieses Systems hinzuweisen, in dem Wunsche, einen Rückfall in den alten Irrtum bei anderen nach Möglichkeit zu verhüten. Bei diesem öffentlichen Auftreten ist dann aber lediglich die Sorge um die Wohlfahrt des Vaterlandes maßgebend. Und daß diese Sorge nur zu berechtigt ist, beweist uns das Treiben der Reaktion ja jeden Tag von neuem.

Alle diese Dinge haben aber mit der Behauptung des Herrn Landgerichtsrat Schaefer nichts zu tun. Er hat behauptet, daß der Schriftleiter der „Karlsruher Zeitung“ schon einige Tage nach dem 6. November 1918 „seine Hauptaufgabe darin erblickt habe, die gefallenen deutschen Fürsten zu besudeln und ihnen den Gelfußtritt zu versetzen“. Das ist also eine Behauptung, die zeitlich auf einer ganz bestimmten Angabe fußt, von den deutschen Fürsten schlechthin spricht (und zwar im Zusammenhang mit dem badischen Fürstenhaus) und das „Besudeln“ als die Hauptaufgabe hinstellt. Hierfür ist also der Wahrheitsbeweis zu erbringen. Und wir verstehen nicht recht, warum Herr Schaefer, der ja selber Jurist ist und ein hohes Richteramt bekleidet, sich immer wieder um die klare Beantwortung dieser klaren Behauptung herumzudrücken versucht. Wir fordern ihn jetzt zum letzten Male auf, binnen drei Tagen den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung anzutreten oder öffentlich mit dem Ausdruck des Bedauerns zu erklären, daß er sich geirrt hat. Jedenfalls werden wir die Angelegenheit bis zu ihrem Ende durchführen. Herr Schaefer als reaktionärer Parteigänger wäre jedenfalls der Letzte, von dem wir uns eine verleumderische Ungezogenheit gefallen ließen!

Politische Neuigkeiten. Eine deutsche Note an England.

* Der deutsche Botschafter Dr. Stamer hat am Montag im englischen Auswärtigen Amt eine Note der deutschen Regierung überreicht, in der unter Hinweis auf das zwölftägige Ultimatum der interalliierten Kommission in Opatowitz, worin die Kommission die Zurücknahme des Selbstschutzes auf die Linie Kalinow-Dolina-Leischnitz-Salonia verlangte, erklärt wird, die kurze Befristung des Ultimatus enthalte schon an sich eine unbillige Forderung. Interalliierte Truppen seien in dem zu räumenden Gebiet nicht vorhanden, die ein Nachfolgen der Polen hinter dem zurückgehenden Selbstschutz verhindern könnten. Die Bevölkerung des etwa geräumten Gebietes würde daher dem polnischen Terror völlig preisgegeben.

Volkstheater.

„Der Viberpelz.“

Die Diebstahlskomödie „Der Viberpelz“ wird, so weit man heute schon ein derart vorwegelendes Urteil fällen darf, eines der wenigen Werke Gerhart Hauptmanns sein, die seinen Namen nicht vergehen lassen. Das Weibliche ist die scharf geprägte Satire eines allerdings nur eng umrissenen Zeitabschnitts, der Wilhelmianischen Ära. Was uns heute weniger interessiert, ja sogar langweilt, ist die verwirrende Fülle von Einzelbeobachtungen, die Hauptmann als Meister der Milieu- und Zustandsdarstellung mit großem Fleiß, aber ohne künstlerische Wahrheit zusammengetragen hat. Es war für die Aufführung von großem Vorteil, daß die Spielleitung in den Händen eines Mannes lag, der diese anders geartete Einstellung des Publikums im voraus erkannte und danach den Darstellungstil modifizierte. Herr Baumbach, der verantwortlich zeichnete, drängte die rein naturalistischen Elemente auf ein möglichst geringes Maß zurück, unterstrich dagegen die satirischen Züge, so daß scharfe Kontraste heraussprangen. Die Inszenierung gab das Milieu in charakteristischer Prägung wieder, ohne sich übertriebenerweise in Einzelheiten zu verlieren.

Mit Margarete Pix, Hugo Höcker und Paul Müller war die Komödie in den Hauptrollen erstklassig besetzt. Diesen drei Künstlern gelang es, sich absolut in die Atmosphäre ihres Milieus zu hüllen. Sie hatten ihre Bodenständigkeit. Die Mutter Wolfen von Frau Pix war das Meisterstück einer künstlerisch gehobenen und abgerundeten Menschendarstellung. Dieser komplizierte Charakter mit seinem seltsamen Widersprüchen wurde in ihrem Spiel zur Einheit. Diese Berliner Wäscherin, die sich eine eigene, ihren Verhältnissen angepasste Lebensphilosophie, zurechtgemacht hat, die ein merkwürdiges Doppelleben führt, überall ihre Augen und Ohren hat, dann doch wieder so unscheinbar dastehen und gottgegeben die Hände falten kann, sie war von Frau Pix reißlos, bis in die feinsten Verzästelungen ihres Wesens hinein erfasst. Aber sie schuf trotz der Vielheit kein beobachteter Einzelzüge keine ausgeklügelte, naturalistische Studie, sondern sie lebte einen Menschen, der Mundwärme

Der deutsche Botschafter führte zu der Note der interalliierten Kommission aus, daß die Drohung, bei Nichtbefolgung des zwölftägigen Ultimatus durch den Selbstschutz die bisher von den interalliierten Truppen gehaltenen Städte den Insurgenten zu übergeben, nicht nur für die Bewohner Oberschlesiens, sondern für das gesamte deutsche Volk unerträglich sei. Eine solche Maßnahme wäre ein schwerer Verlust gegen den Friedensvertrag und würde die Preisgabe der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens an die polnischen Insurgenten bedeuten. Mit Rücksicht auf das bedeutende Kulturvermögen vernichtende Vorgehen der polnischen Insurgenten sei es klar, daß die deutsche Bevölkerung sich nicht mehrlos den Insurgenten preisgeben würde. Damit würde aber durch die von der interalliierten Kommission angeordnete Maßnahme die Entfesselung eines allgemeinen Bürgerkrieges unvermeidlich sein. Wenn auch die deutsche Regierung durchaus bereit sei, die Regierungen der alliierten Mächte bei der Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien zu unterstützen, so werde eine dahin gerichtete Mitarbeit durch ein Ultimatum, wie es von der interalliierten Kommission ergangen sei, sehr erschwert. Nach Lage der Sache sei es der deutschen Regierung unmöglich, auf den Selbstschutz in Oberschlesien dahin einzuwirken, daß die deutsche Bevölkerung wehrlos den polnischen Insurgenten in die Hände preisgegeben werde. Die oberschlesische Bevölkerung habe von dem Eintreffen der britischen Truppen die Befreiung von dem polnischen Terror erhofft. Werde sie in dieser Erwartung getäuscht, so sei ein Verzweiflungsausbruch von weittragenden Folgen unvermeidlich.

Deutschland und der Völkerbund.

Die in der 6. Kommission der Union der Völkerbundsvereinigungen vor dem Kommissionspräsidenten Prof. Aulard-Franck eingetragene und einstimmig angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut: Im Interesse des Weltfriedens und der Zusammenarbeit der Völker drückt der Kongress den Wunsch aus, Deutschland möge gemäß dem Völkerbundsvertrag baldmöglichst in den Völkerbund aufgenommen werden.

Nach dem „Journal de Geneve“ hielt auf dem Banlett, das der Genfer Völkerbundsverein den Mitgliedern der Union der Völkerbundsvereinigungen gab, der Vorsitzende Aulard eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede, in der er die rasche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund entsprechend den Bestimmungen des Völkerbundsvertrages. Wir können Deutschland in der Viga keine bevorzugte Stellung einräumen. Aber wir wünschen, daß es mit allen Rechten und Pflichten wie alle anderen Nationen eintritt. Wir legen Wert darauf, die demokratisch modifizierten Kreise in Deutschland zu unterstützen. Nach weiteren Pressemeldungen erklärten der andere französische Vertreter Professor Appels wie auch der Belgier Senator Lafontaine ihr volles Einverständnis mit dieser Auffassung.

Die Entwaffnung in Bayern.

Der bayerische Landeskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, Ministerialrat Kork, richtet an die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehren eine Ausladung, wonach bis zum 10. Juni auf Grund des Ultimatus der Entente die Ablieferung der Gewehre und Maschinengewehre der Selbstschutzorganisationen, bis zum 30. Juni ferner die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgesetz fallen, sowie der zugehörigen Munition der interalliierten Militär-Kontroll-Kommission in Berlin amtlich angezeigt sein muß. Der Entwaffnungskommissar macht darauf aufmerksam, daß die bayerische Einwohnerwehr beschlossen habe, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Waffen nebst Munition an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig abzuliefern, daß die von der interalliierten Militär-Kontroll-Kommission vorgezeichneten Fristen gewahrt werden können. Unter Hinweis auf die Bayern und dem übrigen Reich bei Nichterfüllung der Forderungen des Ultimatus drohenden schweren Folgen ergeht daher an die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehren die Aufforderung, die in ihrer Hand befindlichen, auf Grund des Entwaffnungsgesetzes abzuliefernden Militärwaffen nebst Munition nach Maßgabe der von der Leitung der Einwohnerwehren bereits bekanntgegebenen näheren Weisungen an ihre Organisation unverzüglich einzuliefern. Der Aufruf betont, daß die Nichtbefolgung dieser Anordnung, insbesondere die Zurückhaltung von Militärwaffen, Waffenteilen oder Munition oder deren Veräußerung und Erwerb, sowie die öffentliche Aufforderung hierzu gemäß § 13 des Entwaffnungsgesetzes bestraft werde.

Wie an zuständiger Stelle verlautet, ist die Entwaffnung in ganz Bayern bereits in vollem Zuge. Allein in München sind am Montag etwa 600 Maschinengewehre zur Ablieferung

gelangt, 20 große, von der Reichstreuhandgesellschaft errichtete Sammellager sind über das ganze Land verteilt und ein großer Transportapparat ist in Bewegung gesetzt worden, um die Waffen von überall her so rasch wie möglich den nächsten Sammelagern zuzuleiten, die unter scharfer polizeilicher Bewachung gestellt sind. Die Auflösung der Einwohnerwehren wird erfolgen, sobald die Entwaffnung bei den einzelnen Organisationen beendet ist. Eine vorzeitige Auflösung würde die ordnungsmäßige Durchführung der Aktion in Frage stellen. Die bayerische Regierung hegt keinen Zweifel, daß es ihr gelingen wird, die Bedingungen des Ultimatus restlos zu erfüllen. Sie ist überzeugt, auf die loyale Haltung der Einwohnerwehren entsprechend den von ihnen übernommenen Verpflichtungen zuverlässig rechnen zu können.

Die Kluft in der Deutschen Volkspartei.

Welche Zustände gegenwärtig in der Deutschen Volkspartei herrschen, wird nun auch offenbar durch einen Artikel, den der bisherige Reichsjustizminister und Vizeminister Dr. Heine im Dresdener Anzeiger (Nr. 247 vom 29. Mai) veröffentlicht und der ganz offensichtlich eine Flucht in die Öffentlichkeit bedeutet. „Ein so recht denkender, kluger und allem demagogischen Getriebe abweislich stehender Mann wie Heine muß“, so schreibt der „Badische Beobachter“, „natürlich ganz klar erkennen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in der Deutschen Volkspartei unhaltbar sind und daß etwas getan werden mußte, um die nachschaffenden verschiedenen Elemente in dieser Partei in ihrer vererblichen Wirkung abzuschwächen. Heine spricht in seinem Artikel nunmehr unumwunden aus, daß der Zwiespalt in der Deutschen Volkspartei auch während der Teilnahme dieser Partei an der Regierung niemals aufgehört hat. Entscheidend war immer die Stellungnahme der Reichsregierung zur Außenpolitik. Die deutschnationalen Minister im Kabinett hatten gegenüber ihrer Partei in all diesen Fragen den schwersten Stand. Sie sahen sich fortgesetzt beständigem Widerspruch gegenüber und wurden in entscheidender Stunde von ihrer Partei verlassen! Das sind die Folgerungen, die sich aus den Feststellungen des Herrn Dr. Heine ergeben. Die entscheidenden Sätze dieses Artikels lauten wie folgt:

„Die hauptsächlichste Schwierigkeit war die Stellung zur äußeren Politik, wo das Kabinett fast einheitlich einen neuen Bruch mit der Entente zu vermeiden suchte, während einflussreiche Kreise der Koalitionsparteien das ihres Erachtens zu weitgehende Entgegenkommen des Kabinetts und ihrer eigenen Minister mehr und mehr mißbilligten. Es handelte sich da namentlich um die Minister der Deutschen Volkspartei. Diese haben die Politik des Kabinetts nur in schweren Kämpfen gegen ihre eigene Partei durchsetzen können. ... Die Gegensätze, die beim Kabinett überhand nehmen würden, traten bei der Abstimmung über das Ultimatum scharf zutage. Die Deutsche Volkspartei stimmte bis auf eine kleine Minderheit gegen das Ultimatum und daraus ergab sich ihr Austritt aus dem Kabinett. Bezeichnenderweise befanden sich bei der Heine für das Ultimatum stimmenden Minderheit der Volkspartei zwei ihrer Minister, die damit konsequent die Linie inne hielten, die das Kabinett Heine nach sich verfolgte hatte.“ Angesichts dieser klaren und einwandfreien Schilderung des Dr. Heine bricht die demagogische Agitation in einem großen Teil der deutsch-volksparteilichen Presse, wie auch mancher ihrer Führer in sich zusammen. Die Schreier hätten in der Tat allen Anlaß, still und bescheiden zu werden und sich einmal Rechenschaft zu geben, wie sie selber, nach Heines eigenem Zeugnis, Schuld daran sind, daß die Deutsche Volkspartei sich aus der Regierung herausmanövriert hat.

Gegen die Umtriebe der Orgesch.

Wie der „Vorwärts“ aus Magdeburg meldet, hat der Oberpräsident Göring eine Verordnung erlassen, die dem Versuch bestimmter Gruppen, auch in der Provinz Sachsen die Orgesch systematisch einzuführen, entgegenzuwirken soll. Die Verordnung verbietet die Bildung von Freikorps und anderen militärischen Verbänden, die Anwerbung von Freiwilligen und alle sonstigen Vorbereitungen, den Zusammenschluß von Personen zu Kampf- und Selbstschutzzugorganisationen aller Art und die Aufnahme von entsprechenden Anzeigen und Auffäßen in Zeitungen und Zeitschriften, sowie die Veröffentlichung von Aufrufen dieser Art und die Verbreitung von Nachrichten über die Bildung oder Tätigkeit solcher Verbände. Alle derartigen Organisationen werden aufgelöst.

Die Hauptbetriebe der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden, die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Dresden, die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei Sachsens, haben folgenden Aufruf erlassen:

„Nach einwandfreien Feststellungen sind die Organisationen der Orgesch, trotz aller Ablehnungsversuche der rechtsstehenden Presse, im vollen Aufmarsch begriffen. Die Reichsregierung und die sächsische Regierung haben im Verfolg des Friedensvertrages die Bildung illegaler Formationen und Banden verboten. Die Leiter der Orgesch lehnen sich nicht an diese Verbote, vielmehr werden unter dem Deckmantel nationaler Pflichten, auch Arbeiter und Arbeitslose, genau wie beim Balkan-Abenteuer, für diese verbrecherischen Zwecke eingesetzt. Das deutsche Volk und vor allem die deutsche Arbeiterklasse, müssen alle aufstehen, um diesen reaktionären Treibern, die zu den schwersten Folgen führen müssen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Eisenbahnerbetriebsräte, die am ehesten in der Lage sind, die Gemeingefährlichkeit der verschleierten Orgeschstränge aufzudecken, sind bei der Ausübung ihrer, im Interesse aller Volksgenossen gelegenen Aufgabe, von solchen Banden zum Teil schwer mißhandelt worden. Nach eingehender gemeinsamer Besprechung mit den sozialistischen Parteien und den in Frage kommenden Gewerkschaften herrscht einmütig die Auffassung, die Eisenbahnerbetriebsräte in der Durchführung ihrer wichtigen Aufgabe auf das tatkräftigste zu unterstützen. Sed wachsam! Dubet keine Vorbereitungen, die zu einem neuen Balkan-Abenteuer und Kapp-Putsch führen müssen!“

Kurze polit. Nachrichten.

* Grund und Boden als Steuerquellen? Eine Berliner Korrespondenz erzählt, wie der „Volkstempel“ berichtet, aus zuverlässiger Quelle, daß es als höchstwahrscheinlich gelten müsse, daß durch Gesetz dem Reiche eine erste Hypothek auf alle Grundstücke an erster Stelle eingetragen wird. Diese Hypothek soll 2 Prozent des Schätzwertes betragen und mit dem jetzt üblichen Zinsfuß für solche Hypotheken vereinigt werden.

* Zu den englischen Pressestimmen, die das Urteil gegen den Unteroffizier Owen als zu milde und den Prozeß vor dem Reichsgericht als eine standeslose Rechtsverdrängung bezeichnen, bemerkt die „Freiheit“, daß Berliner Organ der Unabhängigen, „Man kann zu dem in Leipzig gefällten Urteil stehen wie man will, aber man wird doch die Unverfrorenheit zurückweisen müssen, die darin liegt, daß man das Leipziger Verfahren als eine standeslose Rechtsverdrängung bezeichnet, angesichts der

* Negationsabend von Fritz Herz. Am Freitagabend hat Fritz Herz von Landestheater es unternommen, die Öffentlichkeit mit dem Werke eines Badenens bekannt zu machen: „Tomás Müller“, Tragedie in 10 Bildern mit einem Prolog von August Adelsberger. Das Stück erzieht sich als eine Durchschneidung, der keinerlei dramatische Eigenschaften anhaften, die eine Aufführung zur Notwendigkeit machen würden. In diesem Einbruch vermochte auch die Negationskunst Fritz Herz nichts zu ändern.

und offenbar den Tatsachen, daß die Kriegsverbrecher aus dem Lager überhaupt keine Aburteilung zu erwarten haben. Oder geht man etwa in England wirklich so weit, zu glauben, daß die englischen Soldaten und Offiziere jedem Falle als Genesenen benommen haben?

Verbesserungen u. Änderungen im Sommerfahrplan.

Der am 1. Juni in Kraft getretene Sommerfahrplan hat für Baden nachstehende wichtige Verbesserungen und Änderungen im Schnellzugverkehr gebracht:

a) Verbindungen von Baden nach Hamburg-Altona.
Die bisher auf die Strecke Karlsruhe—Mannheim—Frankfurt—Hamburg-Altona beschränkten Schnellzüge D 76/D 77 werden von und bis Basel geführt und mit durchlaufenden Wagen 1., 2. und 3. Klasse Friedrich—Hamburg-Altona und umgekehrt ausgerüstet. Von Hannover nach Bremen anschließend wird ein Kurzwagen 1., 2. und 3. Klasse Basel Bad. Bahnh.—Odenburg geführt, der in der Zeit vom 1. Juli bis 15. September wegen des Verkehrs nach und von den Nordseehäfen über Emden bis Norddeich ausgedehnt werden wird.

Die Züge D 76/D 77 vermitteln gute Anschlüsse nach und von den norddeutschen Staaten, und zwar über Warnemünde—Weser und über Scharnhorst—Trelleborg. Neue Tagesverbindungen zwischen Freiburg und Hamburg-Altona werden durch die Züge D 85/D 86 hergestellt, die wie früher über Mannheim—Darmstadt—Frankfurt—Wesera geleitet werden. Zug D 85: Freiburg ab 6.40 vorm., Hamburg Hbf. an 11.14 nachm., Zug D 86: Hamburg Hbf. ab 7.56 vorm., Freiburg an 12.32 nachm.

b) Verbindungen von Baden nach Berlin und Leipzig—Dresden.
1. In Verbindung mit den Zügen D 85/D 86 werden gleichzeitig auch durchgehende Schnellzuganschlüsse mit Wagen durchlaufend von Freiburg nach Berlin Anb. Hbf. hergestellt.

Der Zug D 85 erreicht in Frankfurt a. M. den um 12.30 nachm. abgehenden Schnellzug D 43, der um 10.08 nachm. in Berlin Anb. Hbf. eintrifft und gleichzeitig auch unmittelbare Anschlüsse von Corbitza nach Leipzig (an 8.30 nachm.) sowie Dresden (an 10.50 nachm.) vermittelt.

Der Zug D 86 nimmt in Frankfurt a. M. den Anschluss von dem ebenfalls beschleunigten, um 8.05 vorm. in Berlin Anb. Bahnhof abgehenden Schnellzug D 42 auf, der um 6.50 nachm. in Frankfurt a. M. eintrifft. Die Anschlüsse von Dresden und Leipzig an den Zug D 42 werden in Raumburg hergestellt (Dresden ab 7.20, Leipzig ab 10.27 vorm.).

Die Nachtstreckenzüge D 1/D 2, die wesentlich beschleunigt werden, haben durchlaufende Wagen Zürich—Berlin erhalten. Bei dem Zug D 1, der künftig erst um 3.25 nachm. in Basel Bad. Hbf. abfährt und um 8.20 vorm. in Berlin Anb. Hbf. eintrifft, sind die Halle in Wülshelm, Bad-Zwinglingen, Apolda und Naumburg aufgehoben worden, da diese Stationen durch den kurz zuvor verkehrenden Zug D 76 bedient werden.

Die Züge D 1/D 2 führen einen Schlafwagen Mannheim—Frankfurt a. M.—Berlin, der in Friedrichsfeld-Nord zu- und abgestellt wird.

Zwischen Berlin und Frankfurt a. M. wird der neue Nachmittags Schnellzug D 44, Berlin Anb. Hbf. ab 2.03, Frankfurt a. Main an 11.27 nachm. gefahren, der den Anschluss an den um 8.55 nachm. in Frankfurt a. M. abgehenden Schnellzug D 282 Mannheim—Basel erreicht.

c) Verbindungen Basel—Mehlsand—Solland.
1. Auf der den Holländer Schnellzüge D 281/D 282, wird eine zweite Holländer Schnellzugverbindung, die auch die 3. Klasse führt, gefahren. Die neuen Züge D 107/D 108, die außer einem Schlafwagen Basel—Amsterdam durchlaufende Wagen Mailand—Gaaq und Basel—Rotterdam sowie einen von und nach München über Ulm—Stuttgart laufenden Teil führen, verkehren über Heidelberg—Mannheim—(Neubahn)—Rhein—Wiesbaden—Mehlsand—Solland—Düsseldorf—Emmerich in folgendem Fahrplan:

Zug D 107: Basel Bad. Hbf. ab 7.00 nachm., Mannheim an 12.22, ab 12.40 vorm., Köln-Deutz an 5.34, Düsseldorf an 6.34 vorm., Amsterdam Zentralf. an 1.41 nachm., Rotterdam an 1.47 nachm., Gaaq an 2.02 nachm.

Zug D 108: Gaaq ab 5.54 nachm., Rotterdam ab 6.12 nachm., Amsterdam Zentralf. ab 6.18, Düsseldorf Hbf. ab 11.45 nachm., Köln-Deutz ab 12.45 vorm., Mannheim an 5.46, ab 6.00, Basel an 11.55 vorm.

In Offenburg erhalten die Züge D 107/D 108 unmittelbar Schnellzuganschlüsse von und nach Konstanz. Die Konstanz-Wagen werden in beiden Zügen bis von Karlsruhe geführt.

2. Die bisherigen Schnellzüge D 15/D 16 werden mit den Nummern D 268/D 270 von Basel nach Dortmund geführt und über Mannheim—Ludwigshafen—Worms—Mainz—Koblenz—Bonn—Köln Hbf. geleitet. In beiden Zügen ist außerdem der Durchlauf eines Waggons von Genua bis Dortmund und eines Güterwagens nach Dortmund sowie umgekehrt vorgesehen.

Zug D 268: Basel ab 10.45 vorm., Mannheim an 3.47, ab 4.00 nachm., Ludwigshafen an 4.10, ab 4.15, Mainz an 5.25, Köln Hbf. an 9.04, Düsseldorf an 10.16, Duisburg an 10.44, Dortmund an 12.05 nachm. (über Oberhausen—Gelsenkirchen).

Zug D 270: Dortmund ab 5.20 vorm. (über Bochum), Essen ab 6.07, Wülshelm (Auh) ab 6.22, Duisburg ab 6.35, Düsseldorf ab 7.02, Köln Hbf. ab 8.20, Mainz ab 12.00, Ludwigshafen ab 1.25 nachm., Mannheim ab 2.00, Basel an 7.00 nachm.

3. Im Anschluss von dem Zug D 176, Basel ab 7.00 vorm. (Heiter D 11), besteht eine Verbindung über Ludwigshafen—Worms nach Mainz, wodurch der Abgang auf den um 2.10 nachm. in Mainz abgehenden Zug D 169 nach Köln ermöglicht wird. Diese Fahrgelegenheit gestaltet sich wie folgt:

Mannheim ab 12.25 nachm., Ludwigshafen an 12.35, ab 12.49 nachm., Mainz an 2.03, ab 2.10 Köln Hbf. an 5.46 nachm.

(Umsteigen in Mannheim, Ludwigshafen und Mainz.)

4. Auf den Zug D 176 (seither D 12) wird eine beschleunigte Verbindung von Köln durch die Stützpunkte 114/194 in Darmstadt hergestellt.

Köln Hbf. ab 11.08 vorm. (Anschluss von Dortmund ab 8.12 vorm.)
Mainz an 3.11, ab 3.18 nachm.
Darmstadt an 4.03, ab 4.10
Basel Bad. Hbf. an 10.38 nachm.

(Umsteigen in Mainz und Darmstadt.)

d) Verbindungen Konstanz (Basel)—Frankfurt a. M.
1. Die bisherigen Schnellzüge D 11/D 12 haben die Nummern D 176/D 177 erhalten und werden künftig geschlossen von Basel über Frankfurt a. M.—Gießen—Eisenach—Hagen—Duisburg—Krefeld nach M. Gladbach durchgeführt.

2. Zur Aufrechterhaltung der seither durch die Züge D 15/D 16 vermittelten Verbindungen Konstanz (Basel)—Frankfurt a. M. werden die Schwarzwaldbahnzüge D 159/D 158 (seither D 176/D 177) geschlossen von Konstanz über Seltweg nach Frankfurt a. M. durchgeführt. In Apolda wird

zunimmt der Zug D 159 die bisher mit dem Zug D 47 nach Karlsruhe gelangenen Wagen auf. Damit die von Basel kommenden Reisenden nicht umzusteigen brauchen, führt der Rheinische Zug D 269 am Schluss eine Abteilung nach Frankfurt, die in Karlsruhe auf den Zug D 159 übergestellt wird. Umgekehrt bringt der Zug D 156 eine durchlaufende Abteilung Frankfurt—Basel in Karlsruhe an, die auf den Zug D 270 übergeht.

3. Der Schnellzug D 282 Amsterdam—Basel, der in Frankfurt a. M. unmittelbare Anschlüsse von Berlin, Hamburg und Weßfalen aufnimmt, hält in Friedrichsfeld Nord, wo eine Weiterfahrgelegenheit nach Heidelberg durch den Zug D 182, Heidelberg an 1.38 vorm., hergestellt worden ist. Der Gegenzug D 181, Heidelberg ab 12.50 nachm., vermittelt den Anschluss an den Zug D 282 in der Richtung nach Basel über Mannheim gleichfalls in Friedrichsfeld Nord.

Badische Übersicht.

Dr. Schofer an Oberamtsrichter Weeber.

Der Vorsitzende der badischen Zentrumspartei, Abg. Dr. Schofer, richtet im „Badischen Beobachter“ einen offenen Brief an Herrn Oberamtsrichter Weeber in Pforzheim, in dem er u. a. sagt:

„Nun aber zu Ihrem Artikel in Nr. 124 des deutsch-nationalen Organ! Sie beginnen diesen mit folgenden Sätzen: 'Ein Reichsfänger braucht offenbar nicht viel zu denken; er füllt sein Amt aus, wenn er durch langweilige Worte die Lust erquickern kann. Solch eine Erkenntnis überkommt einen bei der Rede des Abg. Dr. Birth, den Sie den Reichsfänger heißen.' Wenn ich das, was Sie, Herr Oberamtsrichter, hier sagen, in eine kurze Formel bringe, so wollen Sie damit dem Herrn Dr. Birth doch sagen, er sei ein gedankenloser politischer Schwächer und sein Amt als Reichsfänger besitze er in Ihren Augen zu Unrecht! Euer Hochwohlgeborenen gehören den akademisch gebildeten Ständen an, sind Jurist, ja sogar Richter an verantwortungsvoller Stelle. Man wird nicht irre gehen, wenn man annimmt, daß Sie den Eid auf die Reichsverfassung abgelegt haben. Ich wundere mich nun, wie Sie als ein Mann in dieser eben bezeichneten Stellung dazu sich verleiten lassen konnten, in dem ersten vier Zeilen diese unerhörte Leistung der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Sie behaupten, daß Herr Reichsfänger Dr. Birth und seine Kabinettsmitglieder „das Reich nur darum zusammen zu halten versuchen, um ihre fetten Frönden und schönen Köpfe, die sie ohne Verdienst und Würdigkeit als Nutznießer der Revolution besitzen, nicht verlieren zu müssen.“ Sie haben die Kühnheit, weiter zu behaupten, diesen Männern „sei es beim Ansehen der Steuerzahler und bei ihren Diensten als Mittel der Feinde nur darum zu tun, zunächst den eigenen Bedarf zu sichern und eigene Wünsche zu befriedigen.“

Als Richter sind Euer Hochwohlgeborenen gewohnt, wenn Sie einen Ehrabschneider vor Ihrem Richterstuhl haben, diesen nach seinen Beweisen zu fragen. Da Sie nun diese massiven Anschuldigungen vor dem Tribunal der Öffentlichkeit ausgesprochen haben, muß ich als Vorsitzender der Zentrumspartei in Baden, welcher der Herr Reichsfänger Dr. Birth anheftet, die dringende Frage nach den Beweisen für Ihre so schwer belastenden Aussagen an Sie richten. Es gereicht Ihnen nicht zur Ehre, und zwar weder als Mensch, Christ, Politiker, Jurist und Richter, daß Sie den Aussagen nicht auch gleich das Beweismaterial beigefügt haben! Ich sehe also dem Beweismaterial für Ihre ehrabschneiderischen Behauptungen entgegen.“

Der „Mannheimer Volksstimme“ wird mit Bezug auf die Ausführungen Dr. Schofers u. a. geschrieben:

„Herr Dr. Schofer ist nicht völlig im Wilde, wenn er Herrn Oberamtsrichter Weeber vorwirft, durch seine Ausführungen in der „Süddeutschen Zeitung“ im Widerspruch mit seinem Eid auf die Verfassung zu stehen. Denn, wie Herr Dr. Schofer andernorts nicht bekannt ist, hat Herr Oberamtsrichter Weeber den Eid auf die Verfassung nach gar nicht geleistet.“

Badischer Handwerkstag.

Lpd. Der Badische Handwerkstag hat in seiner letzten Sitzung in Karlsruhe den vom Reichsverband des Deutschen Handwerks ausgearbeiteten Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes besprochen. Die Verammlung stellte sich nahezu einstimmig auf den Voten des Entwurfs. Gegen die verallgemeinernde Behauptung, „das Handwerk führe durch Ringbildung eine ungerechtfertigte Verteuerung der Bauwerke herbei“, wurde einhellig eine Verneinung eingelegt. Ferner wurden für die Handhabung des öffentlichen Submissionswesens Richtlinien angenommen, die dem badischen Finanzministerium unterbreitet werden. Es wird verlangt, daß der Zuschlag nur einem solchen Angebot erteilt wird, das einen angemessenen Verdienst gewährleistet. Voraussetzung für die Zuschlagserteilung müsse sach- und sachgemäße Preisalkulation sein, aus der der Anteil an Material, Lohn, Geschäftsunkosten und Verdienst, außerdem die Zeitberechnungen zu ersehen sind. Weiter wird gefordert, daß das Handwerk bei der Prüfung der Preisalkulationen und der Angebote zugezogen wird. — Von der Bildung selbständiger politischer Handwerksparteien soll abgesehen werden. Dagegen wurde der Vorstand des Handwerkstages beauftragt, mit den politischen Parteien über die Aufstellung von Ständevertretern des Handwerks durch die Parteien zu verhandeln.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Verband badischer Sparkassen. Der Verband badischer Sparkassen hält am 10. bis 12. Juni im Bürgerauschuhsaal Konstanz seine diesjährige Tagung ab.

DZ. Baden, 6. Juni. Über das Unwetter in Baden laufen Nachrichten ein, die von der ganzen Schwere des Unglücks, das diese Gegend betroffen hat, ein düsteres Bild geben. Wo man hinsieht, zeigen sich die Spuren des Zerstörungswerkes. Die sich an die Stadt anschließenden zahlreichen Gärten haben zweifelslos am meisten gelitten. Die Palme der Körnerfrucht sind gelmdt, der Ertrag der Obstbäume vernichtet, die Bäume der Blätter geräubt. Zahlreiche Fenster scheiben in den Häusern der Stadt sind zertrümmert. Die beschädigte Fläche beträgt ca. 700—800 Hektar. Mit der Beschaffung der Hagelkörner aus der Stadt arbeiten seit gestern ununterbrochen acht Fuhrwerke. In den niedriger gelegenen Stadtteilen mußten die Leute in den zweiten Stock flüchten.

DZ. Oerlinghausen, 6. Juni. Der Anschlag der hiesigen Landwirte an die Odenwälder Waldverwertungsgenossenschaft wurde in einer am vergangenen Samstag abgehaltenen Versammlung in die Wege geleitet.

DZ. Ettlingen, 7. Juni. Staatspräsident Traut stiftete gestern dem hiesigen Verordnungsamt einen Besuch ab. Der „Landmann“ erzählt, wird demnächst eine Kommission aus Berlin hier eintreffen, zwecks Verhandlungen über die fernere Verwendung des Gebäudes.

DZ. Freiburg, 3. Juni. Das Schwurgericht verurteilte gestern den 22jährigen Schneider Hermann Eng von Emmendingen wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs unter Ausschluss strafmildernder Gründe zu 4 Jahren und 2 Monaten Gefängnis. Eng hat bei einem Ausbruchversuch aus dem Landesgefängnis Freiburg einen Aufseher mit einem eisernen Bettpfosten niedergeschlagen, so daß der Betroffene ungefähr zwei Monate dienstunfähig war.

DT. Breisach, 3. Juni. Die Wasser- und Straßbauinspektion Freiburg hat den Kostenschlag für die Neupflasterung der Neugasse in Breisach mitgeteilt. Die gesamten Neubaufkosten belaufen sich darnach auf ungefähr 185 000 M., wovon nach den bestehenden Vorschriften die Gemeinde rund 87 000 Mark und der Staat rund 98 000 M. treffen; angeichts dieser hohen Aufwendungen hält die Inspektion es für angebracht, die Ausführung der Instandsetzung der Neugasse verschieben zu müssen.

DZ. vom Bodensee, 7. Juni. Das „Neersburger Gemeindeblatt“ wird vom 1. Juli ab im Verlage des „Seebote“ in Überlingen erscheinen. Die Schriftleitung bleibt in den Händen des Bürgermeisters von Neersburg.

Aus der Landeshauptstadt.

Deutsche Gesellschaft zur Befämpfung der Geschlechtskrankheiten Ortsgruppe Karlsruhe.

Die Karlsruher Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten veröffentlicht ihren fünften Jahresbericht. Seit Kriegsausbruch befindet sie sich im städtischen Krankenhaus. Während in den Kriegsjahren durchschnittlich 65 Beratungen im Jahre stattfanden, stieg die Zahl im Vorjahre auf rund 500, im Berichtsjahr auf rund 1400. Die Beratungsstelle erteilt unentgeltlich und streng verschwiegen Rat allen denen, die sie aufsuchen, sie führt die nötigen Untersuchungen mit allen modernen Hilfsmitteln aus, regelt den Gang der Behandlung durch hiesige oder auswärtige Ärzte und vermittelt im Notfall Kostenbeihilfe. Sie hat sich in steigendem Maße das Vertrauen der Ratuchenden und der Ärzte erworben. In den Kriegsjahren meldeten sich durchschnittlich sieben im Jahre freiwillig bei der Beratungsstelle, im Vorjahre 200, im Berichtsjahre 300. Von Ärzten wurden ihr früher durchschnittlich 2 im Jahre zugesandt, im Vorjahre 70, im Berichtsjahre 200. Die Sprechstunden finden an allen Wochentagen vormittags statt, nachmittags von 5—6 Uhr. Auch in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Konstanz bestehen solche unentgeltliche Beratungsstellen. Auch dort ist die Ziffer der Ratuchenden stark gestiegen. Sie betrug im Vorjahre 3000, im Berichtsjahre über 4000. Die Landesversicherungsanstalt Baden hat sich durch Einrichtung dieser Beratungsstellen ein großes Verdienst erworben.

Am 200. Jubiläumstreffen der Schützenvereine. Im reichgeschmückten Bankettsaal des Schützenhauses fand, wie schon kurz gemeldet, am Sonntagabend das Schlußbankett mit der Preisverteilung statt. An der Ehrentafel hatten Platz genommen: Staatspräsident Traut, Kultusminister Hummel, Staatsrat Paas, als Vertreter der Stadt Stadtrat Carl Lacroix u. a. Ober-Schützenmeister Minister Hummel eröffnete den feierlichen Akt der Preisverteilung durch eine gedankreiche Ansprache und verlas hierauf die Namen der Sieger. Schützenmeister Steinwag überreichte denselben die feingeklebten Ehrenpreise.

In herzlichen Worten gab hierauf Schützenbruder Günther-Germetshaus seiner Freude Ausdruck, hier erstmals wieder mit gleichgesinnten Schützenbrüdern vereint zu sein. Er brachte als Gruß aus der Pfalz, in einem prächtigen Goldpokal gefüllt, edlen Pfälzerwein. Staatspräsident Traut nahm den Ehrentrunk entgegen und gab in herzlichen Worten der Versicherung Ausdruck, daß wir allezeit mit unseren Brüdern jenseits des Rheins in treuer Gemeinschaft und brüderlichem Zusammenhalt Freud und Leid zu teilen bereit sind.

Eine Reihe weiterer Ansprachen, Ehungen, musikalischer und deklamatorischer Darbietungen bildete den Schluß des Banketts und damit auch des schon verlaufenen Schützenfestes.

DZ. Familienversicherung. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe hat beschlossen, ab 1. Oktober d. J. die Familienversicherung einzuführen, wodurch zahlreichen Familien in den schwersten Lebenslagen, d. i. zur Zeit der Krankheit, wo es oft an den nötigen Geldmitteln fehlt, ärztliche Hilfe geboten wird und unter Umständen die Überführung in ein Krankenhaus gestattet wird. Die Zuweisung von Krankengeldern ist allerdings vorläufig noch nicht eingeschlossen, ein Mangel, der aber jedenfalls bald behoben wird. Was diese Einrichtung in hygienischer Beziehung bedeutet, ist leicht daraus ersichtlich, daß bis jetzt eine große Anzahl von Familienmitgliedern, die erkrankt waren, ohne ärztliche Hilfe blieb, da die großen Kosten der ärztlichen Behandlungen viele Kranke von der Anrufung ärztlicher Hilfe zurückhält. Von den 340 badischen Krankentassen dienen nur 69 Familienhilfe und unter diesen sind wiederum nur 7 Ortskrankentassen.

DZ. Festnahme einer Warenhausdiebesbande. Wie die „Schweinger Zeitung“ meldet, hat die Genarmee einer Warenhausdiebesbande für einige Zeit ihr Handwerk gelegt, indem sie am Samstag in Odenheim eine aus Karlsruhe kommende Gesellschaft teils am Zuge, teils im Felde verstreut aufstellte und eine reiche Beute abnehmen konnte. Es handelte sich um bekannte Persönlichkeiten, die wegen Warenhausdiebstahle verurteilt sind. Sie waren am Samstag in Karlsruhe beim Justizministerium wegen Erlassung ihrer Strafen vorstellend und haben diese Gelegenheit benutzt, eine Reihe von Diebstählen in Karlsruher Warenhäusern auszuführen. Verhaftet wurden drei Personen von Odenheim und noch ein vierter Verdächtige.

DZ. Selbstmord. Montag vormittags 11 Uhr sprang die ledige 26 Jahre alte Tochter eines Schiffsführers aus Hohenheim im Vorhafen des hiesigen Rheinhafens in selbstmörderischer Absicht ins Wasser und ertrank. Die Leiche, welche in den Rhein getrieben war, konnte bald darauf bei der Schiffbrücke in Maxau gelandet werden. Motiv: geistige Umnachtung.

Staatsanzeiger.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Heidelberg-Neuenheim ernannte Pfarrer Josef Ludwig Saur, seither Pfarrer in Weisbaden, wurde am 16. Mai d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Rielasingen, Dekanats Hegau, ernannte Pfarrer Albert Schindler, bisher Pfarrer in Herber, wurde am 22. Mai d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Antere Pfarrei in Mannheim ernannte Pfarrei Josef Vahr, bisher Pfarrverweser daselbst, wurde am 22. Mai d. J. kirchlich eingesetzt.

Das Justizministerium hat unterm 3. Mai d. J. den Oberjustizsekretär Karl Brunt beim Amtsgericht Durlach zum Amtsgericht Karlsruhe versetzt.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den technischen Eisenbahnbetriebssekretär Max Federlechner in Mannheim zur Zentralverwaltung versetzt.

Die Errichtung der katholischen Pfarrei Konstantz-Petershausen betreffend.

Seine Erzellenz der Herr Erzbischof hat entsprechend dem vom Staatsministerium unterm 27. April d. J. erteilten staatlichen Genehmigung mit Urkunde vom 24. Mai d. J. für die Kirchengemeinde Petershausen, unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zur katholischen Gesamtkirchengemeinde Konstantz, mit Wirkung vom 1. Mai d. J. eine eigene Pfarrei unter dem Titel „St. Gebhard“ errichtet.

Karlsruhe, 1. Juni 1921.
Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Der Ministerialdirektor:
Schmidt.

in Wiesloch; Hornlein, Maria, Hilfsf. in Pfaffenloch; Hilfsf. in Erzingen (Waldshut); Kimmig, Elisabeth, Fortb.-Lehrerin an der Mädchenfortbildungsschule Emmendingen, wird Fortb.-Lehrerin in Kappel (Ettenheim); Schneider, Frida, Unfl. in Erzingen (Forzheim), auf Ansuchen entbunden; Schwarz, Theodor, Schulkand., wird Hilfsf. in Eberbach; Stabelhofer, Ernst, Hilfsf. in St. Roman (Wolfsach), wird Stells. am Realprogymnasium Mosbach; Strickfaden, Valentin, Unfl. in Albert-Dauenstein (Waldshut), wird Unfl. in Schwamningen (Wonndorf); Wader, Karl, Hilfsf. in Dürckheim (Willingen), wird Hilfsf. in Güttenbach (Eberbach).

Wersch, Franz, entbunden, wird Unfl. in Walsch (Stodach); Blass, Heinz, Schulkand., wird Hilfsf. in Spöck (Karlsruhe); Brück, Ernst, Schulkand., wird Hilfsf. in Brunnadern (Wonndorf); Jäger, Josef, Schulkand., wird Hilfsf. in Unterprechtal (Waldsiedel); Kern, Armin, Hilfsf. in St. Georgen (Willingen), wird Unfl. daselbst; Oberst, Georg, Hilfsf. in Hohenheim (Schwepingen), wird Unfl. daselbst; Köhler, Ernst, Schulkand., wird Hilfsf. in Weil (Wonnach); Schuler, Karl, Schulkand., wird Hilfsf. in Karlsruhe, wird Unfl. daselbst.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.
— Verwaltungshof. —
Oberstaatsminister Joseph Rothemann in Sinsheim am 27. April 1921.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen u. der planmäßigen Beamten sowie

Ernennungen, Versetzungen u. von außerplanmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.
Volksschulwesen

Dier, Rudolf, Schulkand., wird Unfl. in Mannheim; Eschmann, Karl, Unfl. in Karlsruhe, wird Unfl. in Forzheim; Faust, Hermann, Unfl. in Reute (Emmendingen), wird Unfl. in Amoltern (Emmendingen); Fischer, Anton, Hilfsf. in Borden-Lobdmoos (St. Blasien), wird Unfl. in Albert-Dauenstein (Waldshut); Fütterer, Josef, Unfl. in Amoltern (Emmendingen), wird Unfl. in Reute (Emmendingen); Gauer, Gustav, Schulkand., wird Hilfsf. in Sachfenstur (Wonnach); Gäß, Artur, Unfl. in Heuweiler (Waldsiedel), wird Hilfsf. in Kippenheim (Ettenheim); Grau, Pauline, Hilfsf. in Markdorf (Überlingen), wird Hilfsf. in Wöhlingen (Engen); Heim, Vinus, Hilfsf. in Bessental (Wettheim), wird Hilfsf. in Waldorf (Wiesloch); Hörber, Richard, Hilfsf. in Gaiberg (Heidelberg), wird Hilfsf.

Badisches Landestheater.
Donnerstag, den 9. Juni 1921, 7 bis 10 Uhr 12 Mk
Des Meeres und der Liebe Wellen.

Volks-Schauspiel Oetigheim (bei Rastatt).
Wilhelm Tell.
Aufführung:
Jeden Sonn- u. Feiertag vom 16. Mai (Pfingstmontag) ab bis Ende September (ausgenommen 19. Juni).
Anfang 2 Uhr. Ende 6 Uhr.
Preis der Plätze: Sitzplätze 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 10 Mk., Stehplätze 2 Mk., für Kinder 1 Mk.
Vorverkauf: Oetigheim Theaterkasse, Tel. Nr. 61 Rastatt. Karlsruhe Herdersche Verlagsbuchhandlung, Tel. Nr. 1286, Zeitungskiosk beim Hotel Germania u. am Mühlburger Tor.
Zugverkehr nach Fahrplan.

Sie kaufen Fahrräder, Teile, Gummi u. Nähmaschinen staunend billig.
Händler extra Rabatt.
Fahrradindustrie Karlsruhe
Christian Kuzmann R. 72
Karlsruhe i. B. Jähringerstraße 37

Zahlung der Reichseinkommensteuer.
Das erste Viertel der vorläufig zu entrichtenden Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 muß spätestens am 15. ds. Mts. bezahlt werden. An die Zahlung wird erinnert. Der Steuerbetrag ist derselbe wie der für das Rechnungsjahr 1920 angeforderte. Der vorjährige Forderungszettel ist bei der Zahlung mitzubringen; bei bargelloser Zahlung ist die auf diesem Zettel vermerkte Nummer der Hebrölle anzugeben. Wer erst nach dem 22. ds. Mts. bezahlt, wird ohne vorherige Mahnung zwangsweise betrieben und muß eine Pfändungsanordnungsgebühr entrichten. Wird erst nach dem 15. I. Mts. bezahlt, so müssen Zinsen zu 5 v. H. vom 16. I. Mts. an entrichtet werden.
Man zahle bargellos.
Karlsruhe, den 6. Juni 1921.
Finanzamt.

Bekanntmachung.
Die Wahlberechtigten der Handelskammer werden hiermit zu einer Versammlung auf Donnerstag, den 16. Juni ds. J., nachmittags 2 1/2 Uhr, in den großen Sitzungssaal der Handelskammer Karlsruhe, Karlstraße 10, eingeladen.

Tagesordnung:
1. Vorlage der Rechnung für 1920.
2. Berichterstatter des Rechnungsprüfungsausschusses über diese Rechnung.
3. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für 1921.
4. Genehmigung des Voranschlags für 1921.
Karlsruhe, den 7. Juni 1921.

Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.

2.645.2 Bühl. Karl Brück, Inhaber einer Obstgroß- und Branntweinhandlung in Neumweier, Amt Bühl, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwält Dr. Huber in Bühl, klagt gegen Landwirt Josef Keller, Simons Sohn, in Neumweier, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesend, unter der Behauptung, daß dieser ihn aus Kauf von Rübischneiteln 865 M. schulde mit dem Antrage auf gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbare kostenfällige Verurteilung des Beklagten auch bezüglich des Arrestverfahrens zur Zahlung von 865 M. nebst 4 Proz. Zins vom 15. April 1921. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird Beklagter vor das Amtsgericht in Bühl, Zimmer Nr. 2, I. Stock, auf: Montag, den 19. September 1921, nachmittags 3 Uhr, geladen.
Bühl, 5. Juni 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

nebst 4 Proz. Zins aus 862 M. 50 Pf. vom 15. April 1921 und aus 705 M. vom 20. April 1921. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird Beklagter vor das Amtsgericht in Bühl, Zimmer Nr. 2, I. Stock auf: Montag, 19. September 1921, nachmittags 3 Uhr, geladen.
Bühl, 5. Juni 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

2.507.2 Schwepingen. I. Der Landwirt Johann Seig I. in Otterheim, vertreten durch die Rechtsanwältin Geota Dörzbacher und Dr. Heibel in Mannheim, klagt gegen den Pferdehändler Josef Lemming aus Weimar, z. Bt. an unbekanntem Orten, auf Grund der Behauptung, der Beklagte habe in die Handlung des am 27. April 1921 zwischen ihm und dem Kläger zu Otterheim abgeschlossenen Pferdekaufs, nach welchem der Beklagte 2 Schwarzschnimmel des Klägers gegen seinen Rotfchimmel (Belgie) und 3000 Mark (Aufgeld) eingetauscht hat, zu willigen und an den Kläger hieraus 1367 M. zu zahlen mit dem Antrage auf kostenfällige Verurteilung des Beklagten

1. in diese Handlung einzutwilligen,
2. an den Kläger 1367 Mark zu zahlen.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Schwepingen auf Samstag, den 3. Juli 1921, vormittags 8 1/2 Uhr, Zimmer Nr. 7, geladen.
II. Die öffentliche Zustellung wurde bewilligt.
III. Einlassungsfrist wurde auf 3 Wochen festgesetzt.
Schwepingen, 30. Mai 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Aufgebot.
2.655.21 Triberg. Der Abwesenheitspfleger, Schuldiener Balthasar Gutmann in Schonach hat beantragt, den verstorbenen, am 23. September 1865 in Schonach gebore-

nen Rosmas Kienzler, zuletzt wohnhaft in Wunzi bei Chicago, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verstorbenen wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch, den 14. Dezember 1921, vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Triberg, 25. Mai 1921.
Amtsgericht II.

2.620 Eberbach. In das Güterrechtsregister Band I, Seite 437 wurde eingetragen:
Schwarztrauer, Jakob Friedrich, Kaufmann in Eberbach, und Katharina Elisabeth geborene Müller, Vertrag vom 1. Juni 1921. Gütertrennung.
Eberbach, 2. Juni 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

2.640 Konstantz. Zum Güterrechtsregister Bd. 14 S. 287: Blum, Wilhelm, Händler in Konstantz, und Josefine geb. Red, Vertrag vom 27. Mai 1921; Gütertrennung.
Konstantz, 3. Juni 1921.
Bab. Amtsgericht I.

2.653 Mannheim. Zum Güterrechtsregister Band XIV. wurde heute eingetragen:
1. Seite 323: Jordan Sonderach, Müller, und Anna geb. Schöber in Mannheim. Vertrag vom 18. Mai 1921. Errungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr in § 2 bezeichnetes Einbringen und das, was sie während der Ehe durch Erbschaft, Schenkung oder durch sonstige unentgeltliche Weise erwirbt.
2. Seite 324: Julius Enfinger, Kaufmann, und Elisabeth geb. Schwengel in Mannheim. Vertrag vom 20. Mai 1921. Errungen-

2.643 Forst. Eich-, Pappeln- und Weidenverkauf.
Das Forstamt Philippsburg (Baden) verkauft freihändig:
1. aus Domänenwald, Untere Lufhardt: Aht. 32, 33, 34, 37: Forstabschnitte: 30 Stück Ia u. b mit 39 fm; 200 IIIa u. b mit 238 fm; 320 III. stark mit 158 fm; 139 IV. schwach mit 48 fm; das Holz ist entkrüdet; Vorzeiger: Forstwart Rod u. Hilfswaldhüter Fuchs (Kromau); ferner vom vorigen Jahre 4 Eichen Ib u. c, 3 Eichen Ia u. 4 Eichen IIc.
2. aus Dom. Wald, Ruchheimer u. Philippsburger Altstein: 61 Bkr. Pappeln III./IV. Klasse mit 54 fm; 90 Weiden II. bis V. Kl. mit 41 fm; Vorzeiger Forstwart Sager (Ruchheim).
Angebote wollen bis längstens Samstag, den 18. Juni, beim Forstamt eingereicht werden, wo Stammbestimmungen mit Losverteilung erhältlich sind.

Mtaltbahn.
Auf 10. Juni 1921 wird für Steine zwischen Jetersbach und Ettingen-Holz der Ausnahmefrachtzuschlag von 132 Pf. für 100 kg eingeführt. R.306
Karlsruhe, 7. Juni 1921.
Bab. Lokaleisenbahnen R. 306

2.602 Forzheim. Güterrechtsregister-Eintrag. Binber, Johann Christian Adolf, Maler zu Gutingen, u. Emma geb. Kühn. Vertrag vom 28. Mai 1921. Gütertrennung.
4. Seite 326: Emil Schneider, Obermonteur, und Anna geb. Hartmann in Mannheim. Vertrag vom 25. Mai 1921. Gütertrennung.
5. Seite 327: Josef Ehrmann, Magazinarbeiter, und Maria geb. Stutz in Mannheim-Neckarau. Vertrag vom 27. Mai 1921. Gütertrennung.
6. Seite 328: Otto Enner, Kaufmann, u. Anna geb. Schmitt in Mannheim. Vertrag vom 1. Juni 1921. Gütertrennung.
Mannheim, 4. Juni 1921.
Bab. Amtsgericht B. G. 4.

2.601 Neckarbischofsheim. Güterrechtsregister-Eintrag Band I, Seite 197. Karl Konrad, Schmüller zu Waisstadt und Helvide geborene Bender von da. Durch Ehevertrag vom 9. Mai d. J. ist Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut ist das im Verträge näher beschriebene Vermögen der Frau.

2.604 Wolsch. In das Güterrechtsregister Band II, Seite 430 ist heute eingetragen worden:
Lauble, Christian, Kaufmann in Gutach, und Anna Maria geb. Spatthelf. Durch Vertrag vom 20. Mai 1921 ist an Stelle des bisher bestehenden gesellschaftlichen Güterrechts-Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart. Weiderrichtiges Vorbehaltsgut ist im Verträge näher bezeichnet. W. Bd. 7, S. 632/3.
Wolsch, 30. Mai 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

2.606 Wolsch. In das Güterrechtsregister Band II, S. 429 ist eingetragen worden:
Jakob Lang, Gerber, u. Crescentia geb. Sahr in Saujach. Durch Vertrag vom 9. Mai 1921 ist Gütertrennung vereinbart, unter Aufhebung des bisher bestehenden gesellschaftlichen Güterrechts. Vorbehaltsgut der Frau ist das im Verträge bezeichnete Vermögen. W. Bd. 7, S. 631/2.
Wolsch, 30. Mai 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

2.603 Wertheim. In das Güterrechtsregister Band II, Seite 59, wurde eingetragen:
Schreiner Otto Beck, und Barbara geb. Müller in Freudenberg. Vertrag vom 27. Mai 1921. Er-

Leipheimer & Mende
Praktische, moderne
Sommer - Anzugstoffe
äußerst preiswert
Mark 60.— Mark 75.— Mark 90.—
R.306

Verlangen Sie überall
RIEMPP
fst. geröst. Kaffee
verschied. Preislagen offen u. abgepackt
Mischung mit 10-25-50% Bohnenkaffee 1/2 Pfd. Pakete
Kaffee-Zusatz beste Rohstoffe 1/2 Pfd. Pakete
CHRISTIAN RIEMPP
KAFFEE-IMPORT-GROSSHANDELS-UNTERNEHMEN
ESSENZ-SEIFENFABRIK
GEWÜRZMÜHLEN
Sie erhalten Qualität!